



Demo von fünf Göttinger Schulen, organisiert von den Elternräten, mit Kundgebung auf dem Hiroshimaplatz vor dem Rathaus. Foto: Zug von Herman-Nohl-Schule und Hainberg-Gymnasiums auf dem Weg zum Hiroshimaplatz. FOTO: RICHTER

Neuer Vorschlag für das OHG

Sondersitzung des Schulausschusses: Dringlichkeitsantrag von SPD und Grünen angenommen

Von Christiane Böhm

Göttingen. Alle 22 geplanten Klassenräume im Neubau des OHG, dafür für die Mensa in der BBS III in der Sondersitzung des Schulausschusses haben Grüne und SPD einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Die Verwaltung soll den Mensabetrieb in der BBS prüfen und planen.

Rund 200 Schüler, Eltern und Lehrer waren am Mittwoch zur Sondersitzung des Schulausschusses in die Mehrzweckhalle Grone gekommen. Immer wieder von Applaus oder Zwischenrufen unterbrochen diskutierten die Ausschussmitglieder noch einmal die Vorschläge der Verwaltung für die Baumaßnahmen an insgesamt 15 Göttinger Schulen, darunter die Grundschulen Bonifatius I, Brüder-Grimm-Schule sowie die Geschwister-Scholl-Gesamtschule (GSG), das Hainberg-Gymnasium (HG) und das Otto-Hahn-Gymnasium (OHG).

Die Sondersitzung hatten fünf Mitglieder des Ausschusses beantragt. In den Haushaltsberatungen des Finanzausschusses seien die Baumaßnahmen nicht ausreichend behandelt worden, so ihre Begründung. Vor der Ratssitzung am Freitag, 13. März, in der der Nachtragshaushalt verabschiedet werden soll, müsse der Fachausschuss daher noch einmal tagen. Wegen gestiegener Baukosten und veränder-

ter Baubedingungen hat die Verwaltung für mehrere Schulen veränderte Projekte vorgelegt. Für die CDU gebe es dabei vor allem drei Knackpunkte, so Thomas Hantsch, CDU-Ratsherr und Schulausschussmitglied. Das seien der geplante Umzug der Boni I in die ehemalige Käthe-Kollwitz-Schule in Geismar, die Verzögerung bei den dringend notwendigen Sanierungen im HG und die geplante Reduzierung des Neubaus des OHG um ein Stockwerk.

Besonders in der Frage der Boni I gebe es zahlreiche offene Fragen, so Hantsch, beispielsweise was der Umzug für die Volkshochschule bedeute, die mit einigen Räumen in

„Wir wollen alle Schulen bestmöglich versorgen, statt einige maximal.“

Frauke Bury, SPD, Vorsitzende des Schulausschusses

der Käthe-Kollwitz-Schule untergebracht werden soll. Oder warum die Boni in einen Stadtteil verlegt werden solle, der schon vier Grundschulen habe? Die CDU beantragte deswegen ein Moratorium für diese Pläne. Die Entscheidung solle nicht mit dem Nachtragshaushalt fallen. Es solle zeitnah mit allen Beteiligten nach einer Lösung gesucht werden.

Der Nachtragshaushalt lege ja noch keine einzelnen Maßnahmen fest, entgegnete Susanne Stobbe, Grüne. Es sei der Kostenträner innerhalb dessen noch nach Lösungen gesucht werden könne. Und das im engen Austausch mit den Schulen. Es werde nicht für alle Schulen das Optimum geben, aber mit einem

guten Kommunikationsprozess zu findenstellende Lösungen für alle, da sei sie sicher, so Stobbe.

Die Ausschussvorsitzende Frauke Bury, SPD, ergänzte: „Alle Schulen leisten hervorragende Arbeit.“ Der Vorschlag der Verwaltung gebe den Rahmen vor, alle Schulen bestmöglich zu versorgen, statt einige maximal. Der Antrag der CDU wurde mit sechs Nein-Stimmen zu fünf Ja-Stimmen abgelehnt.

In der Frage des OHGs, das seit Wochen vehement um den versprochenen Neubau mit vier Stockwerken, 22 Klassenräumen und einer Mensa kämpft, gab es einen Dringlichkeitsantrag von Grünen, SPD und Linke. Im Nachtragshaushalt sollen 20000 Euro Planungskosten eingestellt werden. Damit solle die Verwaltung prüfen, ob in Kooperation mit dem Landkreis der Mensabetrieb für das OHG in der BBS II möglich sei. In den drückendsten Neubau kämen dann alle 22 Klassenräume. Die Mensa soll künftig auch für Veranstaltungen des OHG nutzbar sein. Der Antrag wurde mit acht Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen angenommen.

Der Lehrvertreter im Ausschuss, Markus Raubach, IGS Geismar, ergänzte den Antrag um die Aufforderung, den Neubau so anzulegen, dass das vierte Geschoss in einigen Jahren ohne viel Aufwand aufgestockt werden könne.

Brief an die Stadt

Die Boni I soll nach Geismar umziehen. Das stört bei Schülern und Eltern auf Widerstand. Jetzt fordert auch Dechant Wigbert Schwarz und Pfarrer Ludwig Joos SJ in einem offenen Brief den Erhalt der Bonifatiuschule I in der Innenstadt. Adressiert ist das Schreiben an den Oberbürgermeister und alle politischen

Faktionen im Rat der Stadt Göttingen. Die Pläne der Stadt beunruhigten sie sehr, schreiben die beiden. Sowohl die Lage als auch der Charakter als zweizügige Schule seien wesentliche Voraussetzungen für die besondere Akzeptanz und Nachfrage dieser Schule bei Kindern und Eltern. An der „Boni I“ würden derzeit

145 Grundschüler beschult, von denen die Hälfte in der unmittelbaren Nähe der Schule wohne. Die nächste Innenstadtgrundschule platze aus allen Nähten. „Was ist also der Grund, die Bonifatiuschule I von ihrem zentralen Standort zu entfernen?“ fragen Schwarz und Joos. Als das Thema vor zwei Jahren schon ein-

mal diskutiert wurde, habe die Stadtverwaltung mit den beengten Raumverhältnissen argumentiert. Dabei habe die Boni I seit den 70er-Jahren an ihrem jetzigen Standort sehr gut funktioniert. Vieles sei möglich, wo das Engagement stimmt. Die Stadt solle das anerkennen und unterstützen.